

# Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

## In dieser Ausgabe:

Der Einfluss von Ratingagenturen  
Hilfe für benachteiligte Kinder und Jugendliche  
Ethische Frage Klonfleisch  
Gesetzgebungsoutsourcing  
Demokratie und Transparenz im Bundestag



# Naturfreundliche Kommunen

**neinsam Wege gehen im Umwelt- und Naturschutz - Herausforderung an Kommunen**.....  
Sabine Stüber

**Seite 03**

**Domino der Ratingagenturen** .....

**Seite 04**

**Unterstützung für anders benachteiligte Kinder und Jugendliche sucht eine dauerhafte Förderung!** .....

**Seite 06**

**LINKE lehnt das Klonen von Tieren ab**.....  
Kirsten Tackmann

**Seite 07**

**Setzungsoutsourcing gehört abgeschafft**.....  
Wolfgang Nešković

**Seite 08**

**KE will mehr Demokratie und Transparenz Bundestag**.....  
Dr. Dagmar Enkelmann

**Seite 10**

**Pressemitteilungen**.....

**Seite 11**

**Frage, Anfragen & Initiativen** .....

**Seite 14**

**Pressemitteilungen** .....

**Seite 22**

**Pressemitteilungen** .....

**Seite 23**

**Pressemitteilungen** .....

**Seite 24**

**K**limawandel, Ressourcenverknappung, Rückgang der biologischen Vielfalt, hinter denen Anforderungen an alle politischen Ebenen stehen, Zieldimensionen zu treffen. Ob Ressourcenschutz oder Klima- und Naturschutz, die Schritte zur Veränderung. Bei uns kommen diese oft als nationale und Bundesland angepasste Beschlüsse der EU an. Das liest sich dann manchmal Post“ und niemand weiß so recht.... Trotzdem, konkrete Maßnahmen für nur mit den Kommunen machbar. Denn es geht darum, dass die Menschen leben, arbeiten und wohnen sich einbringen und mitgestalten.

**D**as ist ein erfolgversprechende Weg, den immer mehr Städte und schlagen, weil darin für kommunale Entwicklungsprozesse ganz klar liegen. Das wurde auch auf Bundes- und EU-Ebene erkannt und so werden werdenden Geldmittel immer gezielter in lokale Entwicklungsprozesse eine ganze Reihe von Programmen und Wettbewerben, die darauf bauen Menschen vor Ort Ideen und Ziele haben, ihre Städte und Gemeinden entwickeln.

**V**ergangene Woche wurde Hannover der Titel „Bundeshauptstadt der Vielfalt 2011“ verliehen. An dem Wettbewerb hatten sich 124 Städte beteiligt, davon wurden 14 in verschiedenen Kategorien ausgezeichnet. Der Erhalt der biologischen Vielfalt mit der Renaturierung von Fließgewässern, die Bewirtschaftung kommunalen Waldes, blühende Wiesen, statt der gepflegten grünen Rasenflächen in ihren Stadtentwicklungsprozessen werden Lebensraum für Flora und Fauna erhalten und die Lebensqualität der Bürger verbessert. Schon im vorherigen Jahr hatten 136 Städte und Gemeinden eine gemeinsame Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterzeichnet, damit, die Biodiversität mit besonderer Aufmerksamkeit bei kommunalen Entscheidungen einzubeziehen. Das zeigt das gestiegene Bewusstsein für die Rolle der Kommunen, die hier sehr viel bewegen können.

**A**n der Finanzierung beteiligen sich neben Bund und Ländern häufiger Stiftungen. In diesem Fall war es die Stiftung „Lebendige Stadt“. Bei einem anderen Wettbewerb, der mehr auf klimafreundliche Technologien setzt, ist die „Michael-Otto-Stiftung“ mit im Boot. Der jährliche Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ ist für Kommunen und Regionen interessant, die durch erfolgreich realisierte Maßnahmen, Strategien oder Aktionen in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben. Genauso gibt es finanzielle und fachliche Unterstützung, wenn Städte und Gemeinden erneuerbare Energieerzeugung für ihre Stromversorgung erschließen wollen. Mit einem

# Das Domino Ratingagenturen



von Thomas Nord

ken als überholt bezeichnet und eine gerechtere Verteilung der Globalis Zukunft will der Währungsfonds, der regelmäßig alle Länder prüft, auch achten. Das ist ein Paradigmen-Wechsel, der auf die zunehmende polit reagiert. Es bleibt abzuwarten, wie ernst dieser Vorstoß gemeint ist, de Zeit eine völlig andere.

In den zurückliegenden zwei Jahren war zu beobachten, wie die zum Teil Kreditwürdigkeit die Zinsen für Staatsanleihen die Kosten für Kreditauf die Höhe geschraubt haben. Das aktuellste Beispiel ist Portugal, die Rating Abstufungen dazu beigetragen, dass Portugal gerade den Gang unter de 16 Monaten hatte die Ratingagentur Moody's damit begonnen, das Land chenland zu nennen und den langsamen Tod Portugals zu prophezeien.

Verbreitet wurde von den Agenturen die falsche Einschätzung, Portugal Staatsverschuldung liegt unter dem EU Durchschnitt, unter der Fra der Deutschlands. Für Anleihen, wie sie am 01. April 2011 für fast 9% a Portugal im Dezember 2010 etwa 1% Zinsen. Der sozialistische Präsident einen Antrag auf Finanzhilfe gewährt, weil der ehemaligen Kolonialmac wenn der IWF mit seinen Inspektoren ins Land kommt. Nun droht Portugal Griechenland ein erheblicher Verlust an Souveränität.

Der Internationale Währungsfond (IWF) legte Ende März eine Studie von Ratings auf die europäischen Finanzmärkte im Zeitraum zwis werden. Bei den 71 untersuchten Bewertungen durch die drei großen Fitch und Standard and Poor's (S&P) wurden statistisch und wirtschaftl auch auf andere Länder und Finanzmärkte festgestellt. Kurzum, Rating sche Bewertungen über die Bonität und Vertrauenswürdigkeit von Staa Firmen ab, aus denen nachhaltige politische Folgen resultieren, die eu den finanziellen Bankrott treiben. Das Fallen von Portugal wird einen sp ben.

Die privaten Ratingagenturen - allen voran Moody's - haben nun die B kinstitute in Spanien gesenkt. Die von vielen Wirtschaftszeitungen v fallenden Südstaaten der Europäischen Union liest sich wie ein Regiepl der EU. Die drei Agenturen haben auf der anderen Seite extrem risikoreic ausgestellt, zum Beispiel der US-Bank Lehman Brothers bis zum Zusam gegeben. Die Dominotheorie zu verlängern heißt, nach Portugal kommt Frankreich. Die osteuropäischen Staaten der Europäischen Union fallen heraus, weil sie keine Mitglieder der Eurozone sind und ausschließlic müssen. Wenn Frankreich das den Kriegseinsatz gegen das Jibyen v

# Unterstützung benachteiligte Kinder und Jugendliche besserhafte Förderung!

aktive Unterstützung, Kinder und Jugendlichen in den wichtigsten Gründen in Scheitern, mit der Initiative ein konkretes Gesicht. wurde ein Angebot für sie geschaffen, die aus dem System herausfallen. In besonderen Situationen Unterstützung finden können. In am Schullalltag teilerer gelten und in der als einzige Reaktion eine restriktive Maßnahme, die mit solchen Chancen in eine bekommen oder in einer soliden Kinder und Jugendlichen multiplen Problemlagen werden.

Das Bundesfamilienministerium, dass sich genau solchen annimmt. Die neuen Modellprojekte hierfür gegründeten Beratungsstellen auf gerade kennen. Zum zwischen zwei Ministerien kurzfristig zum Separat Bundesregierung aus (ESF) schöpft um

Das Aus für ein Projekt, das eigentlich durch eine Verstärkung einen festen Platz in der Kinder- und Jugendhilfe und in der Jugendberufshilfe braucht. Statt dessen erklärt offenkundig diejenige, die das Projekt erst mit einer direkten ESF Förderung groß gemacht hat, dass die notwendigen Mittel an anderer Stelle gebraucht werden. Ursula von der Leyen, die als Familienministerin um die Erweiterung des Programmes gekämpft hat, zerschlägt nun als Arbeitsministerin eine Struktur, die dringender denn je gebraucht wird, auch in Hinblick auf eine zukünftige Arbeitsmarktpolitik.

DIE LINKE wird sich diesen Machtkämpfen, die auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden entgegenstellen. Die Streichung von Mitteln für Wiedereingliederungshilfen innerhalb der Hartz IV Neuregelung wirkt auch auf diese Programme in verheerender Weise.

DIE LINKE fordert seit langem eine Rücknahme dieser Kürzungen, die mit dem Sparpaket der Bundesregierung vorgenommen wurden. Gleichzeitig muss es eine Neuausrichtung in der Kinder- und Jugendhilfe geben. Sie muss durch eine Neugestaltung der Bund-Länderfinanzierung auf sichere Füße gestellt werden und bis dies erfolgt durch eine gesicherte finanzielle Ausstattung handlungsfähig sind. Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung entsprechend ihrer Situation und diese Hilfe und Unterstützung darf nicht nach Kassenlage geschehen!

## von Kirsten Tackmann

Dolly war die Erste. Das Klon-Schaf galt 1996 als wissenschaftlicher Durchbruch. Am Valentins-Tag 2003 allerdings musste es eingeschläfert werden. Eine vorzeitige Alterung infolge der Klonierung wurde diskutiert. Doch die Klontechnik entwickelte sich weiter und beschäftigt nun erneut Europa-Parlament und den Deutschen Bundestag. Am vergangenen Mittwoch hatte die SPD eine Aktuelle Stunde beantragt, denn laut Presseberichten hatte Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) einen großen Beitrag zum Scheitern einer gesetzlichen Regelung auf Europaebene geleistet. EU-Parlament und der EU-Agrarrat hatten vergeblich nach einer gemeinsamen Lösung des Konflikts um den Umgang mit den Nachkommen von Klon-Tieren gesucht. Brüderle war das Drängen der US-Agrarlobby wichtiger als der Schutz der europäischen VerbraucherInnen. Er befürchtete einen Handelskrieg und verhinderte den Kompromiss.

Dabei ging es um die Frage, ob z.B. Fleisch, Eier oder Milch, die von Nachkommen geklonter Tiere stammen, in der EU entsprechend gekennzeichnet werden sollen. Das Schmelz von einem Nachkommen eines Klon-Tieres ist gesundheitlich und biologisch-physiologisch nicht von einem normalen Schnittzel zu unterscheiden. Trotzdem lehnt DIE LINKE im Bundestag und in Brüssel das Klonen von Tieren ab und setzt sich dafür ein, dass VerbraucherInnen entscheiden können, was auf ihrem Teller liegt. Viele würden wesentlich solche Produkte nicht



# DIE LINKE lehnt das Klonen von Tieren

Milchkühen eingesetzt und selbst der Embryo ger und damit wertvoller besonders wertvoller Bullen. Mit identischen volles Sperma produziert Portionen könnten in der EU eingeführt werden. scher Kühe. Werde entsteht das, was „Klonfleisch“ bezeichnet

DIE LINKE lehnt die ethischen, tierethischen Gründen ab. figer Missbildungen und sterben oft vorzeitig die genetische Vielfalt Nutztiere noch weiden Strukturen der bereits deutlich zu sich die Frage, ob überhaupt vertretbar sind, welche sich durchung quasi „selbst sich Tiere natürlich fort. Das sollte ausben. Durch das Klonen Risiko der Abhängigkeitriebe von Konzernern

Das von Brüderle Scheitern des

# Legislativ-Regierungsausschuss gehört abgeschrieben

von Wolfgang Nešković



In einem neuen Bericht rügt der Bundesrechnungshof die Bundesregierung für eine Unsitte: Sie beauftragt Anwaltskanzleien zunehmend mit der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen. Die Regierung tut dies, obwohl sie tausende von Beamten bezahlt, die qualifiziert genug sein sollten, Gesetzesentwürfe mit ausreichender Expertise zu verfassen.

Legislativ-Regierungsausschuss gehört verboten. Letzt mit dieser Praxis ihre grundgesetzlichen Aufgaben. Rechtsanwälte sind als Vertreter von nicht geeignet, gemeinwohlorientierte Gesetze. Externe sind für die Gesetzgebungstätigkeit legitimiert, noch werden sie demokratisch kommt, dass die beauftragten Rechtsanwaltskanzleien in der Regel durch vorherige oder aus dem Kreis derjenigen Personen gewinnen, die neuen Regelungen insbesondere betroffen sind. Kanzleien mit der Novelle von Energiegesetz zuvor für Energiekonzerne gearbeitet haben. In Konflikte zwischen den Interessen des Gemeinwohls und privaten Mandanten unvermeidbar.

2009 wurden 16 Gesetzesentwürfe von externer Arbeit. In den Jahren 1990 bis 1999 hingegen Gesetzestext. Dies zeigt: der Staat war in der Lage seine Kernaufgaben selbst wahrzunehmen. Warum nicht mehr der Fall? Sind die Beamten, die ein Gesetz qualifiziert? Vermutlich nicht. Eher ist an den Staat den Sirenenrufen der Lobbyverbände im Jahr. Diese Stimmen behaupten seit Jahren, der Staat mangelnder Finanzen und angeblicher Qualifikationsaufgaben auslagern. Das geschieht natürlich auch Ziel, mehr Einfluss auf Gesetzgebung und Politik zu gewinnen.

Zugegeben: Der Gesetzgeber hat es mit immer mehr Fachthemen zu tun. Die Antwort darauf kann sein, zunehmend auf den Rat von gut organisierten durchfinanzierten Lobbygruppen zu hören. Der Staat bleibt. Es ist seine Aufgabe, seine Beamten und auszustatten, dass ihnen eine Arbeit aufgestellt ist, entmachtete sich der Staat selbst. Um Gemeinwohl nachhaltig.



# Will mehr Transparenz destag

almann

Transparenz  
gen, welche DIE LINKE  
undestag einbrachte.  
der Abgeordnetenbe-  
'/1412).

Bestechlichkeit meh-  
ntarier zurücktreten.  
isten getarnten Jour-  
as“ Geld für genehme  
boten worden - mit  
der Tatbestand Abge-  
ngt auch die 2003 von  
eichnete, aber bislang  
intion gegen Korrupti-  
ase Konvention bisher  
a, Russland, Südafrika

her den Riegel vorschieben. Dazu beantragt DIE  
LINKE die Einführung eines verpflichtenden Lob-  
byistenregisters (Drs. 17/2096). Sich für seine  
Interessen bei den Volksvertretern einzusetzen,  
ist zunächst eine legitime Sache. Nicht nur In-  
dustrie oder Wirtschaftsverbände haben Lob-  
byisten, sondern z.B. auch Gewerkschaften und  
Sozialverbände.

**D**IE LINKE fordert hier aber deutlich mehr  
Transparenz ein. Zwar gibt es seit 1972 beim  
Bundestag eine „Öffentliche Liste der registrier-  
ten Verbände und Vertreter“ - der Eintrag dort ist  
aber freiwillig. So ist unklar, ob alle Lobbyisten  
erfasst sind. Schon gar nicht vorgesehen ist eine  
Offenlegung, wie viel Mittel die Lobbyisten besit-  
zen und wofür diese Gelder politisch eingesetzt  
werden.

**D**IE LINKE will hier Licht ins Dunkel bringen.  
Lobbyisten sollen sich künftig verpflichtend  
registrieren und ihre „Aufwendungen“ zur Politik-  
beeinflussung offen legen müssen. Übers Inter-  
net soll dann auch jeder Bürger Einblick in diese  
Informationen nehmen können. Geht es nach  
der LINKEN tragen künftig Gesetzentwürfe die

Am 6. April 2011 wurde im Kölner  
Rathaus Hannover zur „Bundes-  
hauptstadt der Biodiversität 2011“  
gekürt. Die Stadt wurde damit für  
ihr besonderes Engagement zum  
Erhalt der biologischen Vielfalt ge-  
ehrt.

Biologische Vielfalt ist in Hanno-  
ver fester Bestandteil des Stadt-  
entwicklungsprozesses. Beispie-  
le dafür sind: Renaturierung von  
Fließgewässern, die naturnahe  
Bewirtschaftung des Stadtwaldes,  
blühende Wiesen, statt der bisher  
intensiv gepflegten grünen Rasen-  
flächen. Mit diesem ehrgeizigen  
Aktionsprogramm überzeugte Han-  
nover im Wettbewerb um den Titel  
„Bundeshauptstadt der Biodiversi-

**Agro-Gentechnik stoppen** -  
Kirsten Tackmann 01.04.2011

„Ich unterstütze das Anliegen der  
aktuellen Petition an den Deutschen  
Bundestag für die Aussetzung des  
Anbaus von Gentech-Pflanzen. Ich  
möchte Unterstützerinnen und  
Unterstützer der gentechnikfrei-  
en Landwirtschaft ermuntern, die  
Petition zu unterschreiben“, kom-  
mentiert Dr. Kirsten Tackmann die  
Petition „Biotechnologie - Gentech-  
nik - Zulassungsbegrenzung/regi-  
onales Anbauverbot von gentech-  
nisch veränderten Pflanzen“ vom  
08.03.2011. Ziel der Petenten ist  
es bis zum 19. April 50.000 Unter-  
schriften zu sammeln. In wenigen

tät“.  
Ein Preisgeld von insgesamt 50.000  
Euro geht an die besten Kommu-  
nen und Projekte. Dazu gehören  
neben Hannover Münster und  
Frankfurt/M auf dem zweiten und  
dritten Platz. Für Leipzig und Mar-  
burg gab es je einen Sonderpreis.

„Hier aktiviert Naturschutz Men-  
schen und schärft ihren Blick für  
die Schönheit einer intakten Na-  
tur auch vor der eigenen Haustür“,  
sagt Bundestagsabgeordnete Sabi-  
ne Stüber, DIE LINKE. „Jeden Som-  
mer erleben wir das in den Städten:  
Der Rasen ist kaum zehn Zentime-  
ter gewachsen und schon wird ge-  
mäht.“

**Agro-Gentechnik stoppen - Petition jetzt unterschreiben**

werden! Wer keine Gentechnik auf  
dem Acker haben möchte, muss  
sich wirksam dagegen schützen  
können. Beispielsweise durch eine  
gentechnikfreie Region.

Bundesweit gibt es 203 freiwillige  
Zusammenschlüsse zu gentechnik-  
freien Regionen, darunter sieben  
in Brandenburg. Auch Prignitzer  
Landwirte haben sich zu einer gen-  
technikfreien Region zusammenge-  
schlossen und der Kreistag Prignitz  
hat sich eindeutig zur gentechnik-  
freien Landwirtschaft bekannt.

strophenschutz liegt momentan bei den Ländern. Belastbare Krisenreaktionspläne liegen dort nur für kleinere AKW-Unfälle vor. Die ‚Rahmenempfehlung für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen‘ des Bundesumweltministeriums enthält keine ausreichenden Regelungen. Sie hat lediglich emp-

„Die Bundesregierung rechnet sich auch im März die Erwerbslosenzahlen schön,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann Statistik der Bundesagentur für Arbeit für den Monat März 2011.

Tackmann weiter:

„Auf Bundesebene versteckte die Bundesregierung mit den von der EU legalisierten Rechenricks auch im März 2011 wieder fast 1 Mio. Erwerbslose. Nur so kam sie unter die magische Vier-Millionen-Grenze. DIE LINKE rechnet richtig: 999.479 Erwerbslosen fehlen in der offiziellen Statistik. Damit sind statt 3.210.341 Erwerbslosen im März diesen Jahres 4.209.820 Menschen in der Bundesrepublik tatsächlich erwerbslos.

In der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin waren im März 2011 offiziell 14.207

Menschen erwerbslos, ca. 500 Menschen weniger als im Vormonat. Zu diesen offiziell Betroffenen kommen auch hier noch einmal 3.646 hinzu. Somit sind real insgesamt 17.853 Menschen in der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin erwerbslos, 684 weniger als im Februar.

Grund für die Differenz: noch immer werden Erwerbslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job



## RWE-Klage war absehbar

Wolfgang Nešković 01.04.2011

„Die Bundeskanzlerin hat sich verrechnet. Die Atomlobby hat ihr wenige Tage nach den Landtagswahlen die Gunst entzogen. RWE setzt sich mit guten Erfolgsaussichten gegen das verfassungswidrige Moratorium zur Wehr. Die Klage eröffnet den AKW-Betrei-

hende Abschaltung des AKW Bilibis A. Der Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D. weiter:

„Nur geänderte Gesetze können die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger garantieren. Die Regierung muss ihre Atompolitik

## Kyritz-Ruppiner Heide: LINKE fordert verlässliche Zusage

Kirsten Tackmann 04.04.2011

„Die Worte lese ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage zu den Schlussfolgerungen aus dem kürzlich vor-

gestellten Handlungskonzept zur Kyritz-Ruppiner Heide. Tackmann

Ich erwarte, dass die Bundesregierung in diesem Zusammenhang verlässliche Aussagen über die Zukunft der Region macht.

## **Wirklichkeit: Menschenrechte in Deutschland schützen, respektieren und**

gravierende Menschenrechtsverletzungen in Deutschland hin. Dies betrifft vorwiegend ältere Menschen, Menschen in Pflege und mit Behinderungen, Verletzungen von MigrantInnen und Flüchtlingen sowie Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Die strikte Einhaltung insbesondere der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und unterbreitet hierzu Vorschläge.

[CHE NR. 17/5387](#)

## **Wirtschafts- und Sicherheitspolitik und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungs- politik am kontrollieren**

Lissabon nimmt die Bedeutung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Außenpolitik der Mitgliedstaaten, den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament par- tikelhaft im Hinblick auf die GASP und GSVP verweigert. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, ein Defizit auf Grundlage eines neuen europäischen Vertrages zu beseitigen und die Modernisierung der GASP/GSVP die Schaffung einer zivilen und friedlichen EU vo-

[CHE NR. 17/5386](#)

## **Wissenschaftsförderung in den Dienst der sozialen und ökologischen Erneuerung**

Die Kommission hat für das ab 2014 laufende Europäische Forschungsrahmenprogramm de- r globalen Wettbewerbsfähigkeit sollte als Ziel europäischer Forschungsför- derung der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit zurücktreten. So sollen Frau- en in den neuen Mitgliedsstaaten unterstützt sowie die Entwicklung von Dual-Use- und -technologien eingestellt werden.

[CHE NR. 17/5379](#)

## **Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl – Atomkraftwerke abschalten**

Die Bundesregierung hat die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und angesichts des Atomunfalls in Fuku- shima die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich den Ausstieg aus der Atomener-

## **Ökosysteme schützen, Artenvielfalt erhalten – Kormoranmanage**

Um die Artenvielfalt in den Gewässern sowie die Fischereiwirtschaft in Deutschland zu unterstützen, beantragt DIE LINKE, einen bundesweiten Kormoranmanagementplan zu erlassen. Der Managementplan soll einen Ausgleich zwischen den fischerrei- und naturschutzrechtlichen Möglichkeiten und ein erster Schritt zu einem EU-weiten Manage-

► [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5377](#)

## **Lehren aus dem Dioxin-Skandal ziehen – Ursachen bekämpfen**

DIE LINKE fordert, die gesamte Lebensmittel- und Futtermittelkette auf den Dioxin- und Furoregehalt zu überprüfen. Die Erzeugung des Essens muss vom Anbau der Rohstoffe bis zur Herstellung der Lebensmittel und nach einheitlichen und strengen Regeln über- wacht werden. Die Verbraucherinformation zu verbessern, die Forschung auszubauen und Betriebe Entschädigungsmöglichkeiten vorzusehen.

► [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5376](#)

## **Telekommunikationsmarkt verbraucherrecht regulieren**

DIE LINKE sieht auf dem Telekommunikationsmarkt im Verbraucherschutz ein großes Potenzial. Hier müssen umfassende gesetzliche Änderungen erfolgen. Sie fordern die Wartschleifen für alle Anrufe, einen Internet-Button gegen Abfallen der Verbindung und Preisansagepflichten für Mobilfunk und Festnetz. Außerdem rufen sie ein verbraucherrecht umstrukturiert und die Verbraucherverbände über- einbezogen werden.

► **24.03.2011**

► [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5233](#)

## **Umfassende Entschädigung für Radarstrahlenopfer der Bundeswehr ziviler Einrichtungen**

Ehemalige Soldaten der Bundeswehr und der NVA führen ihre Krankheitsfälle auf Radarstrahlung zurück. Die Betroffenen sind bislang nur in unzureichender Höhe entschädigt worden. Der Antrag zielt auf Anerkennung, Entschädigung und Unterstützung der ehemaligen Soldaten und fordert die Gleichbehandlung der Betroffenen.

## **ntzes zum Verbot der Speicherung von Kohlendioxid in den Untergrund des Bundesrepublik Deutschland**

bscheidung, des Transports und der unterirdische Speicherung von Kohlendioxid Industrieanlagen (Carbon Capture and Storage – CCS) birgt unverantwortliche und Umwelt. Aus diesem Grund soll die Bundesrepublik Deutschland von Artikel 4 Gebrauch machen: Die Speicherung von CO2 wird für das gesamte Hoheitsgebiet Deutschland verboten.

[ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5316](#)

## **edriglöhnen in den Regionen**

age wollen wir Kenntnis darüber erlangen, wie sich der Niedriglohnbereich differenzieren darstellt. Darüber hinaus erfragen wir Daten zur Niedriglohnbeschäftigung Geschlecht, Alter und Arbeitszeit. Diese Daten sind von Bedeutung, um davon schlussfolgern nach dem 1. Mai zu bewerten, wenn in Deutschland Arbeitnehmerfreizü-

[ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5292](#)

## **achten bei Erwerbslosen im Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch**

an Langzeiterwerbslose zu psychologischen Gutachten auch mit einer Sanktionsmaßnahme. Die Anfrage fordert Aufklärung über das Ausmaß, die Hintergründe und Folgen

[DRUCKSACHE NR. 17/5274](#)

## **auen Wölfen in Mordserie an türkischen Kleinhändlern**

starben acht türkische und ein griechischer Kleinhändler in ihren Läden in Nürnberg, Hamburg, Kassel und Dortmund jeweils am hellen Tag durch einen Schuss in den Kopf. Wie das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL in seiner Ausgabe 8/2011 berichtet, sind die Mordanschläge auf türkische Kleinhändler Teil einer Allianz zwischen rechtsnationalen Türken, dem türkischen Geheimdienst und

## **BND-Archiv in Pullach**

Nach Angaben des Leiters der dienstinternen Arbeitsgruppe zur Geschichtsbearbeitung im BND-Archiv in einem Zustand, der für die wissenschaftliche Aufarbeitung der BND-Archiv in den sechziger und siebziger Jahren habe der BND die Originalunterlagen der Teil der Akten liege nur noch in Form von 3000 Mikrofilmen vor, deren Kopie sei. Unklar erscheint demnach auch, ob die Unterlagen des Archives v

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5223](#)

## **Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in Deutschland im Februar 2011**

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Ausschreitungen gegen Ausländer, die Entwicklung dieser Straftaten zu informierender Zweck, die Opfergruppen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, Verbände etc. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5222](#)

## **Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei**

DIE LINKE unterstreicht mit der Kleinen Anfrage ihre antimilitaristische Haltung, dass die Türkei das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkennt und einbringen muss. Die Kleine Anfrage befragt die Bundesregierung von Kriegsdienstverweigerern in türkischen Militärfängnissen und Beitrittsverhandlungen bieten, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung

**05.04.2011** ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5279](#)

## **Ausländische Streitkräfte in Deutschland**

Der Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in Deutschland berührt den Grundgesetz und des Völkerrechts, wie z.B. die Stationierung von ausländischen Streitkräften in Deutschland. Darüber hinaus sind mit deren Anwesenheit verbunden und sind weite Teile der Bevölkerung in der Umgebung der Stationierung direkt betroffen. Die Bundesregierung wird aufgefordert die Öffnung

## **energie im Ausland durch Hermesbürgschaften der Bundesregierung**

egierung ausgerufene 3-monatige Atom-Moratorium betrifft wohl nicht die Überbürgschaften für den Neubau von Kernkraftmeilern im Ausland. In Brasilien etwa in technisch veraltetes Kraftwerk durch Bürgschaften der BRD abgesichert. Die arauf aufmerksam machen, dass das Moratorium der Bundesregierung nur takfragt detailliert ab, welche Atom-Bürgschaften genau übernommen wurden/

[DRUCKSACHE NR. 17/5276](#)

## **regulierung des Elterngelds auf Hartz IV-Empfängerinnen und Empfänger**

en Anfrage ist es, die Kürzung des Elterngeldes für Hartz IV Empfänger/innen ematisieren.

[DRUCKSACHE NR. 17/5275](#)

## **autoritären Regimes in Marokko und Wirtschaftsbeziehungen mit der EU**

r marokkanischen Bevölkerung nach Demokratisierung und sozialer Absicherung das Regime in Marokko durch die Begünstigungen im Rahmen der Europäischen, des „fortgeschrittenen Status“ (advanced status), des Assoziierungsabkommens durch EU und Mitgliedstaaten stabilisiert und eine demokratische lko zugunsten ausschließlich eigener ökonomischer und geopolitischer Interes-

[DRUCKSACHE NR. 17/5221](#)

## **ändnungsschutzkonto**

muss das Pfändungsschutzkonto konsequent verbrauchergerecht verbessern. In wird es seinem Zweck nicht gerecht und stigmatisiert die Betroffenen.

## **Fehlende Sicherheitsvorkehrungen beim Anschlag auf US-Soldaten in hafen Frankfurt am Main**

Die Bundesregierung muss die Frage beantworten, wie es zu diesem welche Hintergründe der Bundesregierung bekannt sind. Dabei geht nationalen Waffenregisters sowie um die Sicherheitsvorkehrungen an

**24.03.2011** ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5158](#)

## **Scientology – eine Gefahr für die Demokratie**

Die IMK hat sich am 21. November 2008 mit dem Prüfbericht zur Möglichen Ermittlungsverfahrens gegen die „Scientology Organisation“ befasst. zur Kenntnis. Der Bundesinnenminister vertrat die Ansicht, dass ein so auf Erfolg haben würde. Die Gründe hierfür blieben im verborgenen. Se vergangen. An der antidemokratischen Stoßrichtung von Scientology r

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5145](#)

## **Flüchtlingssituation im Mittelmeerraum und die Reaktionen von**

Das sich abzeichnende Flüchtlingsdrama in Folge des Bürgerkriegs Frage, wie sie eine humanitäre Katastrophe vor ihrer Haustür begegt Flüchtlingsen ist dazu unbedingte Voraussetzung. Doch stattdessen ist Eindämmung der Flüchtlingsbewegungen die Priorität zu geben und m FRONTEX die Überfahrt einer größeren Zahl von Flüchtlingen entgegen

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5143](#)

## **Werbeversuche der Bundeswehr unter Jugendlichen bei der „Sch**

Die Bundeswehr ist sog. „Premiumpartner“ der Schul-Liga, eines bund für Jugendliche. Sie versucht dort unverhohlen, an der Sportbegeisterung fnd ihre Nachwuchswerbung zu betreiben. DIE LINKE verwarft sich sportlicher Anlässe.

## **Arbeitsplätze in den Polizeien des Bundes und der Länder mit dem Zoll im Bereich der Bearbeitung**

Die rechtlichen Befugnisse haben sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit den Polizeien des Bundes und der Länder intensiviert. Auch bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität arbeiten Zoll und Polizei operativ in einer Grauzone des Rechts zusammen.

[DRUCKSACHE NR. 17/5141](#)

## **Die Aufgaben der Polizeien des Bundes und der Länder mit dem Zoll in der „Gemeinsamen Gruppe“**

Die rechtlichen Befugnisse haben sich in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit den Polizeien des Bundes und der Länder intensiviert. Die „Gemeinsame Gruppe“ wurde aufgebaut, die der Zoll und Polizei Datenabgleiche vornehmen und die Grauzone des Rechts zusammenarbeiten.

[DRUCKSACHE NR. 17/5140](#)

## **Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schaltung für personalwerbliche Reklame der Bundeswehr im Jahr 2011**

### **Die Reklamertermine der Bundeswehr**

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schaltung für personalwerbliche Reklame der Bundeswehr im Jahr 2011 wurden durch großangelegte Reklamerklärungen im Zusammenhang mit dem Euro sind für 2011 eingeplant. Besonders umstritten ist die gezielte Förderung der Werbung in der Presse. Wir erkundigen uns nach Einzelheiten.

[DRUCKSACHE NR. 17/5139](#)

## **Die Zusammenarbeit mit den Ermittlerinnen und Ermittler und Vertrauenspersonen**

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Ermittlerinnen und Ermittler und Vertrauenspersonen im Bereich der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität liegt noch im Dunkeln. Auch die Zusammenarbeit mit den Vertrauenspersonen ist koordinierende oder steuernde Rolle der Ermittlerinnen und Ermittler. Hieraus ergeben sich Fragen parlamentarischer Kontrolle. Widersprüchlich ist die Zusammenarbeit mit „ganz klarer Zustimmung“ des Landes Berlin eine offensichtlich strafbare Zusammenarbeit mit den Vertrauenspersonen haben will. Der Berliner Innensenator widerspricht dem BKA-

## **Die Auswirkungen der Erhöhung der Rente auf den Arbeitsmarkt vor dem Übergang in Rente**

Die Rente erst ab 67 beginnt 2012. Entscheidend ist, wie viele ältere Menschen in den letzten Jahren in den Arbeitsmarkt zurückgekehrt sind und wie sich ihre wirtschaftliche und soziale Lage entwickelt. Mit der Entwicklung abfragen, um so zu demonstrieren, dass die Rente erst ab 67 beginnt.

**24.03.2011**

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/5247](#)

## **Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften zum Wehrrücktrittsgesetz 2011 – Wehrrücktrittsgesetz 2011**

Der Entwurf ist inkonsequent indem lediglich die Aussetzung der Wehrpflicht gefordert wird. Auch die Einrichtung eines Freiwilligen Wehrrücktrittsgesetzes ist abzulehnen. Der FWD verletzt u.a. den Datenschutz, er führt zu einer doppelten Ungleichbehandlung zwischen FWD und den zivilen Freiwilligendienstleistenden.

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/5188](#)

## **Der Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am 24. und 25. März 2011**

Die Bundesregierung will in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission und dem kommenden Europäischen Rat in verschiedenen Projekten ihre neuen Vorschläge für die Reform des Europäischen Wirtschaftsrechts (EWR) und dessen Ausgestaltung, um die Erhöhung der Verfügbarkeit von Mitteln (EFSD), um die sechs Rechtsetzungsinstrumente der EU-Kommission

LINKE fordert sicheres Zertifizierungssystem vom Acker bis zum Teller

7. April 2011, Dr. Kirsten Tackmann MdB, TOP 20, Rede zu Protokoll: Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. „Lehren aus dem Dioxin-Skandal ziehen – Ursachen bekämpfen“, Drucksache 17/5377

Agrarpolitik könnte so schön sein. Wiesen, Wälder und Traktoren. Das sind Themen, mit welchen ich mich gerne beschäftigen würde. Stattdessen müssen die Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ELV) in regelmäßigen Abständen Skandale aufarbeiten. Erinnern wir uns an BSE oder die Berge von brennenden Tierkadavern in der MKS-Krise. Oder ans Gammelfleisch. Oder eben an den Futtermittelskandal Anfang des Jahres 2011: Kaum war die letzte Silvesterrakete explodiert, platzte die Dioxin-Bombe!

Illegale Panscherei in der Futtermittelindustrie erschütterte das politische Berlin. Belastetes Industriefett war mindestens über Monate worden und keiner hatte es gemerkt. Das hochgelobte QS-Prüfsystem - unter el eingeführt - hat dieses kriminelle Handeln nicht eindämmen können. Das ist system. Die andere ergibt sich aus der hochriskanten Art und Weise, wie heute werden. Das Risiko ergibt sich zunächst aus der offensichtlich kriminellen zur Profitmaximierung durch Kostenminimierung bei Rohstoffen. Oft genug auch ten und Mitarbeiter. Und es gibt drei weitere wesentliche Risiken: 1. Kennntnis- es Umweltgiftes Dioxin in die Lebensmittelkette. 2. Die hohe Anzahl von Fut- r komplexen Lieferbeziehungen in der Futtermittelbranche, die zur Folge haben, aren Bundesländern vorsorglich gesperrt werden mussten, weil ein Futtermittel- t hat. Diese Betriebe hatten keinerlei Chance, diesem Risiko zu entgehen. Der men, gegenseitige Schuldzuweisungen füllten wochenlang die Medien. Eine irdacht.

Skandal wäre vermeidbar gewesen, wäre bereits nach den Erfahrungen aus ich wirksames, bundesweites Kontrollsystem installiert worden. Hier haben alle aren Vergangenheit versagt.

weiterlesen [HIER](#)



## Sabine Stüber



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72138  
Telefax: (030) 227-76138  
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46  
16225 Eberswalde  
Telefon: (03334) 385155  
Telefax: (03334) 385156  
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: (03984) 8621862  
Telefax: (03984) 8621863  
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

## Thomas Nord



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72675  
Telefax: (030) 227-76675  
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

### Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: (0335) 869 508 31  
Telefax: (0335) 869 508 32  
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG  
15517 Fürstenwalde/Spree  
Telefon: (03361) 34 26 18  
Telefax: (03361) 34 26 24  
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

## Diana Golze



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72329  
Telefax: (030) 227-76329  
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow  
Telefon: (03385) 494521  
Telefax: (03385) 494522  
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

### Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53  
14806 Belzig  
Telefon: (033841) 32547  
Telefax: (033841) 43880  
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

### Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2  
14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon: (0338 1) 211789  
Telefax: (0338 1) 229961  
E-Mail: brb@diana-golze.de

### Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62  
14913 Jüterbog  
Telefon: (03372) 432691  
Telefax: (03372) 432691

## Wolfgang Nešković



### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72065  
Telefax: (030) 227-76468  
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Cottbus

11011 Berlin

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum  
komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!  
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 15.04.2011



## Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg  
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)